

nitären Appells zurücktreten und die wirtschaftlichen Interessen hervortreten läßt“.

Strauß und die Wahrheit über Südafrika

Wenige Tage nach der Eröffnungsveranstaltung der Fastenaktion ließ der bayerische Ministerpräsident *Franz Josef Strauß* den Inhalt gleichlautender Briefe an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den Kölner Kardinal *Joseph Höffner*, und den Präsidenten des Hilfswerks Misereor, den Augsburger Bischof *Josef Stimpfle*, veröffentlichen (Passauer Neue Presse, 24. 2. 83). Der bayerische Ministerpräsident warf Misereor darin eine *einseitige Darstellung der Lage in Südafrika* vor. Die Darstellung, nach der Südafrika „alle Merkmale von Unterentwicklung und Elend“ zeige, bezeichnet er vor allem auch in Hinblick auf die Verletzung der Menschenrechte als „nachweislich falsch“. Strauß befürchtet, daß die Aktion „in eine auch von der Kirche sicher nicht erwünschte Konfrontation mündet, die letztlich die segensreiche Tätigkeit der katholischen Kirche in Südafrika nicht fördert, sondern ihr schadet“. „Bei allem Ärger und bei aller Empörung über die Politik der Apartheid in Südafrika“ dürfe nicht vergessen werden, daß es ein vielrassiger Staat sei, „in dem die Forderung „one man – one vote“ auf das ganze Staatsgebiet gleichermaßen angewandt, weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos bringen und die zivilisatorischen Er-

rungschaften, die auch ein Ergebnis der Arbeit der Schwarzen sind, allmählich wieder zerstören würde“.

Kardinal *Höffner* antwortete Strauß mit dem Hinweis, daß man sich gründlich über die Lage in Südafrika informiert und mit den Bischöfen des Landes abgesprochen habe. Er könne sich nicht vorstellen, „daß die südafrikanischen Bischöfe Vorstellungen über ihr Heimatland haben, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben“. Der Südafrika-Referent von Misereor, *Günther Thie*, erklärte, die Fastenaktion sei von Anfang an mit den Bischofskonferenzen beider Länder abgesprochen worden (Frankfurter Rundschau, 2. 3. 83). Remmers hatte in seiner Rede ausdrücklich begrüßt, daß Misereor Südafrika in den Mittelpunkt seiner diesjährigen Informationsarbeit gestellt habe. Gerade im Fall von Südafrika bestehe die Gefahr, daß „hinter der glänzenden Fassade eines hochentwickelten Staates die Not nicht erkannt und Unrecht verborgen bleibt“.

Der von Strauß entfachte Streit über die Südafrika-Aktion Misereors soll übrigens laut gemeinsamer Mitteilung demnächst in einem persönlichen Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und dem bayerischen Ministerpräsidenten geklärt werden. Er dürfte mehr sein als nur eine Auseinandersetzung um die richtige Einschätzung der Lage in Südafrika. Was letztlich zur Debatte steht, ist das Bemühen von Misereor, im Rahmen seiner Informations- und Bildungsarbeit *gesellschaftspolitische*

Fragen so einzubeziehen, wie dies gerade auch von kirchlichen Amtsträgern in Ländern der Dritten Welt immer stärker getan wird. Die Diskussionen, wie die momentane über Südafrika, sind auch im Zusammenhang mit anderen Ländern denkbar. „Teilnahme an den Sorgen der Partnerkirche“ – so die Überschrift über die Arbeit von Misereor – geht von den in den Ortskirchen gewählten Optionen aus. Daß die Arbeit eines Werkes wie Misereor dadurch auch im eigenen Land angreifbar wird, muß in Kauf genommen werden.

Wird es für die Kirche schwerer?

Die Diskussionen über die Entwicklungspolitik der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher und über die Fastenaktion von Misereor fallen nicht ganz zufällig zusammen: Was zeitlich zufällig zusammenfällt, zeigt gemeinsame Konturen, und zwar eine auch in der Union umstrittene Linie führender CSU-Vertreter. Für die Entwicklungspolitik der kommenden vier Jahre wird einiges davon abhängen, ob es der CSU gelingt, mit Hilfe des BMZ einen nachhaltigen Einfluß auf die Außen- und vor allem auf die Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik auszuüben. Zu Zeiten der sozialliberalen Koalition war die Entwicklungspolitik ein Bereich besonders guter Zusammenarbeit zwischen Regierung und kirchlichen Stellen. Ob das auch in Zukunft so bleiben wird, bleibt abzuwarten. K. N.

Mehr Kontinuität als Wende

Die Wahlen vom 6. März

Der Weg zu den Wahlen vom 6. März war mit einer Menge Unsicherheiten, Widersprüchlichkeiten, auch Irritationen gepflastert. Ein Kuriosum am Rande, das wohl einmalig ist bei Wahlen: Briefwahlunterlagen waren bereits verschickt und einzelne Briefwähler hatten auch schon gewählt, noch bevor feststand, ob überhaupt gewählt werden durfte. Das Bundesverfassungsgericht, das sich durch die Klagen von vier Abgeordneten nicht übermäßig unter Zeitdruck setzen lassen wollte, kam dann am

Aschermittwoch zu einem zwar nicht einstimmigen, aber doch glatten, wenn auch in seinen Begründungen eher verfänglichen Urteil. Immerhin entschloß sich das Gericht entgegen einer sonst herrschenden Tradition zu politischer Zurückhaltung und gab den Weg frei. Es wäre nicht auszudenken gewesen, was passiert wäre, hätten die Karlsruher Richter die Bedenken der vielen Staats- und Verfassungsrechtler und ihrer journalistischen und politischen Begleitargumentierer – so mancher schrieb

sich seine Finger dabei wund – geteilt und die Entscheidung des Bundespräsidenten für verfassungswidrig erklärt. Eine wenigstens die ganze Bonner Welt aufrührende politische, wenn nicht gar eine das ganze Gemeinwesen für längere Zeit durcheinanderbringende „Staatskrise“ hätte folgen können. Und die dann im Herbst 1984 „regulär“ stattfindenden Wahlen wären vermutlich ziemlich anders ausgefallen als das Ergebnis vom 6. März.

Was die Karlsruher Richter als Hauptbegründung für ihr Urteil anführten, hat zwar die wenigsten überzeugt. So instabil sah die Koalition aus Christ- und Freidemokraten am 17. Dezember, kurz nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1983, als im Deutschen Bundestag über die „unechte“ Vertrauensfrage abgestimmt wurde, nicht aus. Aber angesichts der heftigen, fast an Spaltung grenzenden Auseinandersetzungen innerhalb der FDP, konnte weder die Bundesregierung noch die Nation einer stabilen, auf Dauer regierungs- bzw. handlungsfähigen Mehrheit sicher sein. In erster Linie juristisch und nicht politisch denkende Zeitgenossen zeigten sich dadurch nicht wenig irritiert, aber die Verfassungsrichter, durch die anderen Verfassungsorgane in beträchtliche Beweisnot gebracht, zeigten immerhin mehr politische Vernunft als von Juristen hierzulande üblicherweise erwartet wird. Daß ein Verfassungsgericht einer Partei – der FDP – ausdrücklich Instabilität bescheinigte, ist allerdings ein weiteres, nicht minder einmaliges Kuriosum.

Selten soviel Fortune

Der Gewinner der Wahl vom 6. März – will man ihn an einer Person und nicht an einer Parteiengruppierung festmachen – hatte allerdings bereits auf der ganzen Linie gesiegt, noch bevor am 6. März eine einzige Stimme ausgezählt war. Der Kanzler hat einen *risikoreichen Weg* zur Wahl gewählt, aber alle Klippen übermäßig erfolgreich umschifft: mit enormer Selbstsicherheit und Konsequenz, aber auch mit Glück. Selten hat ein Regierungschef in wenigen Monaten soviel Fortune gehabt. Sein Vorgänger hatte ihm noch vor dessen Abwahl Vorwand und Begründung geliefert: Schmidts These, die Kanzlerwahl über das konstruktive Mißtrauensvotum sei zwar „legal“, aber um sie auch zu „legitimieren“, müsse die neue Regierung das Votum des Wählers einholen, half dem Nachfolger, das durchzusetzen, was er nach Absolvierung eines „Notprogramms“ ohnehin wollte. Durch die Bildung einer „Übergangsregierung“ wurde die Strategie des Gegners durchkreuzt. Die Union umschifft so die für sie ungünstige Zeit, in der die in sich schon reichlich konstruiert wirkende Verratsthese für den früheren Kanzler und seine Partei ungewöhnlich starke Sympathien zu mobilisieren vermochte.

Später, als die Wirkungen dieser Sympathiewelle nachzulassen begannen, konnten sich die Sozialdemokraten, nachdem sie lange Zweifel genährt hatten, ob die Regierung überhaupt wählen *wolle*, keine Kehrtwendung mehr leisten, sondern mußten, ob sie wollten oder nicht, mit der

Akzeptierung der Wahlen sehenden Auges ihrer eigenen Niederlage entgegengehen. Wären sie nicht die ersten gewesen, die Wahlen forderten, hätten sie ihnen später nicht zustimmen müssen. Dem Bundespräsidenten wäre die Auflösung des Bundestages kaum möglich geworden, hätte sich durch Wahlen bzw. den Wahltermin eine der Parteien auch nur im geringsten benachteiligt gefühlt. Durch die kurzfristig angesetzten Wahlen wurde überdies *die FDP* unter Termindruck gesetzt. Sie war so gezwungen, sich zu spalten oder ihre Krise in kurzer Zeit wenigstens soweit zu überbrücken, daß sie nicht ohne jede Aussicht auf Erfolg vor den Wähler treten konnte. Durch diesen Entscheidungszwang wurden die Freien Demokraten als politische Kraft im Bund praktisch mitgerettet. Ein übriges besorgte – freiwillig oder auch unfreiwillig – deren bayerischer Koalitionspartner. Indem die CSU die FDP ständig angriff und sie überlaut an ihre Mitverantwortung aus den letzten dreizehn Jahren erinnerte, brauchte diese selbst sich des Problems Strauß nicht anzunehmen. Der Wahlkampf vor allem der CSU machte auch noch dem letzten Wechselwähler klar, wozu die FDP als dritte Kraft doch noch gut sein könnte. Und die Demoskopen halfen kräftig mit. Daß am Wahlabend, als die ersten Hochrechnungen über die Fernsehschirme flimmerten, Unionspolitiker und -funktionäre im Bonner Konrad-Adenauer-Haus dennoch vor der Gefahr einer absoluten Mehrheit für die Union zittern mußten, war selbst nach allem, was an Kuriosum schon vorausgegangen war, noch das kurioseste Kuriosum dieser Wahl.

Dabei sah es wenigstens zeitweise und nach außen für die Unionsparteien so gut nicht aus. Die neue Regierung hatte sich zwar gut installiert, konnte erst Sanierungsmaßnahmen durchführen und den Haushalt verabschieden. Dem Kanzler fehlte es nicht an ersten außenpolitischen Erfolgen. Die Medien reagierten nicht unfreundlich. Die Regierung konnte sich so dem öffentlichen Bewußtsein als *positiver Faktor* einprägen. Aber es gab nicht nur das leidige Raketenthema, sondern auch die unsicheren Prognosen, wie es im Frühjahr in der Republik wirtschaftlich aussehen würde. Mit einer spürbaren nicht rein konjunkturell zu erklärenden Steigerung der Arbeitslosenzahlen mußte auf jeden Fall gerechnet werden; daß im Februar bereits Aufschwungparolen zünden würden, und zwar gestützt auf parteiunabhängige Instanzen wie die Bundesbank, war *so* im Oktober noch von niemandem vorauszusehen. Und wer wollte schon darauf wetten, daß die von den *Sparmaßnahmen der Regierung* betroffenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mittelschichten, einschließlich der Rentner und Ausbildungshilfeempfänger, diese den Koalitionsparteien, vor allem der CDU, nicht doch verübeln würden.

Der *Start in den Wahlkampf* war alles andere als glänzend, auch das Interesse der Wähler an den Wahlkampfthemen schien eher mäßig zu sein. Mehr als ein Kommentator charakterisierte den Wahlkampf zwischen Ende Dezember und Mitte Februar als eine „matte Schicksalswahl“; erst in der Spätphase, in der Nachkarnevalszeit schien

sich das politische Interesse merklich zu regen und füllten sich die Säle. In der Vorwahlkampfzeit konnte der frühere Kanzler in der Zeit seiner Abwahl und noch Monate danach späte *Landtagswahlsiege* feiern, in milderem Maße noch vor dem konstruktiven Mißtrauensvotum in Hessen, viel eindeutiger am 19. Dezember mit der Rückgewinnung der absoluten Mehrheit für die Sozialdemokraten in Hamburg. Die Unionsparteien reagierten darauf eher verstört, manche demoskopische Daten schienen von neuem ins Wanken zu kommen, die Parolen von der „Ellenbogengesellschaft“ und von der „Umverteilung von unten nach oben“ taten ihre Wirkung, und dem Kanzlerkandidaten der SPD gelang es in erstaunlich kurzer Zeit, nicht nur die Partei neu um sich zu sammeln, sondern gegenüber einem Kanzler, dessen Sympathie- und Zustimmungswerte so hoch nicht lagen, in der Öffentlichkeit nachhaltigen Eindruck zu machen.

Der Sieg der Union kam nicht von ungefähr

Aus den Kommentaren der Wahlnacht und aus der Wahlberichterstattung und -kommentierung auch der folgenden Tage konnte man den Eindruck gewinnen, alle Welt sei von dem eindeutigen Sieg der Koalitionsparteien und dem unerwartet hohen Stimmenanteil der Union überrascht gewesen. Wer seine Eindrücke aus der frühen Wahlkampfphase bezog und an die enttäuschten Gesichter von Unionssympathisanten nach der Hamburg-Wahl dachte, mußte sich über die Ergebnisse insbesondere für die Unionsparteien tatsächlich wundern. Wer sich etwas mehr Gesamtüberblick bewahrte, wunderte sich kaum, auch nicht im Blick auf die eher kurzlebigen Daten. Bei den drei bekanntesten Instituten für politische Meinungsbefragung (Allensbach, Emnid, Infas), lag die Union seit Januar nie unter 47 Prozent. Noch eklatanter äußert sich die hohe Zustimmung zur CDU/CSU in den Kompetenzzuweisungen an die Parteien, besonders beim Wahlkampfthema Nr. 1: Arbeitslosigkeit. Es ergab sich also während des gesamten Wahlkampfes ein *bemerkenswert kontinuierliches und einheitliches Bild zugunsten der Union auf hohem Niveau*.

Erste Signale eines Wiederanstiegs wirtschaftlicher Daten kamen zweifellos den Koalitionsparteien zusätzlich zugute; das erklärt ein Stück weit die *Höhe des Sieges*. Gegenaktionen der Sozialdemokraten im Wahlkampf wurden weitgehend aufgefangen („Mietenlüge“). Der zunächst wenig glaubhafte Beschluß der Unionsparteien mitten in der Wahlkampfauseinandersetzung, die Investitionshilfeabgabe nicht zurückzuzahlen, wohl die simpelste und zugleich politisch wirksamste Aktion des ganzen Wahlkampfes, erschloß Spielraum für beide: für die Freien Demokraten, die sich im Gegenzug besonders beim Mittelstand und bei den Selbständigen als konsequenteste Partei der wirtschaftlichen Vernunft ausweisen konnten; für die Unionsparteien, die mit ihrem Bekenntnis zu mehr sozialer Symmetrie leichter Zugang zu kleinbürgerlichen Schichten und zur Arbeiterschaft fanden.

Gar nichts Überraschendes an dem Ergebnis (für die Koalitionsparteien) war, wenn man *die dem Wahltag vorausliegenden langfristigen Entwicklungen* betrachtete: Die Unionsparteien konnten aus der Opposition im Bund heraus ihre Stellung seit Mitte der siebziger Jahre in den Kommunen und in den Ländern kontinuierlich festigen (Ausnahmen wie die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1980 mit der Aufschwungparole der SPD und bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen 1980 bestätigen nur die Regel) oder konnten wie in Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Zugewinne auf hohem Niveau halten. Wichtige Großstädte (Stuttgart, München, Frankfurt, schließlich Berlin) gingen in dieser Zeit an die Union. Bei der üblichen Sonntagsfrage („Welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben, wenn am nächsten Sonntag gewählt würde?“) pendelte die Union bereits seit 1974 mit Einbrüchen immer nur zu Zeiten akuter inner- bzw. zwischenparteilicher Auseinandersetzungen von CDU und CSU (Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft durch die CSU nach den hohen 1976er Gewinnen, Kanzlerkandidatur von Strauß 1980) fast kontinuierlich um die 50 Prozent. So wenig aussagekräftig in prognostischer Hinsicht solche Daten sind, sie ergaben doch ein *insgesamt verlässliches Stimmungsbild*.

Die SPD ist strukturell eine Minderheitspartei

Deutlicher noch als die demoskopischen zeigen *grundlegende politische Daten* seit Mitte der siebziger Jahre die fast kontinuierliche Favorisierung der Unionsparteien durch die bundesdeutsche Bevölkerung, die sie nur deswegen nicht zum Wahlsieger machte, weil ihr ein Koalitionspartner fehlte oder weil sie mögliche, wenn auch nicht wahrscheinliche Mehrheiten (1976, 1980) durch internen Streit oder durch falsche Kandidaturen unmöglich machte. Die Sozialdemokraten haben in den dreizehn Jahren, in denen sie den Kanzler stellten, nur eine Wahl (bezeichnenderweise mit vorwiegend außenpolitischer Thematik) wirklich gewonnen: die von 1972, als Brandt als Kanzler der ostpolitischen Öffnung den Höhepunkt seiner Popularität erreicht hatte und aus der Wahl nach dem gescheiterten Konstruktiven Mißtrauensvotum ein Plebiszit über die Ostpolitik wurde.

Mit dem *Rücktritt von Brandt (1974)* verkümmerte auch schon die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Helmut Schmidt blieb trotz hoher Sympathie- und Popularitätsnoten bei beiden Wahlen, die unter seiner Kanzlerschaft stattfanden, immer nur als „Koalitionskanzler“ Sieger; er mußte Kohl 1976 mit 48,6 Prozent weit an sich vorbeiziehen lassen und er konnte nicht einmal bei der Schmidt-Wahl 1980 (die noch mehr eine Anti-Strauß-Wahl war und bei der die Union 4,1% verlor) diese vom ersten Platz verdrängen und für die SPD die relative Mehrheit herausholen.

Es gibt, so scheint es, in der bundesdeutschen Bevölkerung so etwas wie ein *regulatives Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie*, das sich besonders dann regt, wenn in der

Partei klassisches sozialistisches Gedankengut sich zu äußern oder gar durchzusetzen beginnt. Bei fehlender Alternative wichen Schmidt-Wähler eben auf die FDP aus. Die Bundesrepublik war nie mehrheitlich sozialdemokratisch, auch wenn sie von Sozialdemokraten regiert wurde. Die SPD ist in der Bundesrepublik *in aller Regel nicht mehrheitsfähig*. Schon allein deswegen mußte der Verratsvorwurf Schmidts gegen die FDP zum Bumerang für dessen eigene Partei werden. Denn unabhängig von der Frage, ob die letzte Regierung Schmidt an der Koalition oder in erster Linie an den inneren Widersprüchen der eigenen Partei scheiterte, gilt: die SPD verdankte als Minderheitspartei nicht nur den Machtwechsel von 1969, sondern den Machterhalt bis zum Herbst letzten Jahres weniger der eigenen Verankerung in der bundesdeutschen Wählerschaft als dem Koalitionspartner FDP. Es dürfte einer der mittelfristig folgenschwersten politischen Fehler Helmut Schmidts gewesen sein, ein – trotz Koalitionsbruch – langfristig passables Verhältnis zur FDP einer nur kurzfristig wirksamen Emotionalisierung geopfert zu haben.

Die SPD wird für lange Zeit *strukturell* (vorwiegend als Gruppierung von Minderheiten) Minderheitspartei bleiben, während die Unionsparteien in ihrem Wählerpotential gegenwärtig wohl noch um wenige Prozentpunkte höher einzuschätzen sind, als es im Zweitstimmenergebnis vom 6. März (48,8) zum Ausdruck kommt. Da die *Landtagsergebnisse der CDU in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein* jeweils dem Erststimmenergebnis vom 6. März sehr viel näher kommen als dem Zweitstimmenergebnis und bei den Landtagswahlen das Stimmensplitting entfällt, muß man annehmen, daß das Erststimmenergebnis (52,1 Prozent) eher die wahre Stärke der Union zum Ausdruck bringt als der Anteil der Zweitstimmen. Bei der Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen handelt es sich allerdings durchwegs um Wechselwähler, die nur *unter besonders günstigen Voraussetzungen* bei der Union zu Buche schlagen. Den eigentlichen Pendelschlag zugunsten der Union – von Erdrutsch zu reden ist übertrieben – signalisieren jedenfalls die Erststimmen, demgegenüber bewegt sich das Zweitstimmenergebnis – natürlich ist damit nur ein Trend angedeutet – durchwegs in der Kontinuität früherer Ergebnisse (1965: Erhard-Wahl 47,6 Prozent; 1969: Kiesinger-Wahl und Ende der Großen Koalition 46,1 Prozent; 1976: erste Kohl-Wahl: 48,6 Prozent; 1983: zweite Kohl-Wahl: 48,8 Prozent). Die *Ausnahmen*: Brandt-Wahl 1972 (CDU 44,9, SPD 45,8 Prozent) und die Schmidt-Strauß-Wahl 1980 (Union 44,5, SPD 42,9 Prozent) bestätigen angesichts der besonderen Umstände, unter denen jene Wahlen stattfanden, nur die *Regel*.

Wenn das Ergebnis vom 6. März dennoch als Überraschung gewertet wurde, dann lag das nicht zuletzt am Auseinanderklaffen der Darstellung der politischen Kräfteverhältnisse in der „formierten“ öffentlichen Meinung, der demoskopischen Daten und der tatsächlichen politischen Großwetterlage.

Wirklich überraschend waren an dem Ergebnis vom 6. März außer den Stimmengewinnen der Grünen, die

diese zur vierten bzw. fünften Bundestagspartei machten, und der Tatsache, daß es der SPD nicht gelungen ist, die Grünen mit ihrer Strategie vom Bundestag fernzuhalten, eigentlich nur *zwei Entwicklungen*:

Umschichtung des Nord-Süd-Gefälles

Die erste, daß die die SPD unter die 40-Prozent-Grenze geraten und mit ihren 38,2 Prozent *hinter ihren Wähleranteil bei der Erhard-Wahl 1965* (39,3 Prozent) *zurückgefallen* ist, während die CDU für sich allein (ohne die CSU) mit 38,2 zum erstenmal seit 1965 wieder mit der SPD gleichzog. Jedes Ergebnis über 40 Prozent wäre für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten ein Achtungserfolg gewesen, den man ihr zutraute. Gescheitert ist sie außer an dem Aufschwung-Wahlkampf der Union an der Art, wie sie sich auf die Grünen einstellte. Das sah nach allzu billigem Entgegenkommen aus. So vermochten die Sozialdemokraten nicht nur Sympathisanten der Grünen nicht für sich zu gewinnen, sondern schreckten mit der Aussicht auf eine von den Grünen abhängige Minderheitenregierung eigene Stammwähler ab und mobilisierten zusätzlich Wechselwähler zugunsten der Union und der FDP.

Die zweite: die *Beinahe-Umkehrung des Süd-Nord-Gefälles in ein Nord-Süd-Gefälle* (gemessen an den Zuwächsen) bei der Union. Die schlichten Zahlen: Schleswig-Holstein: +7,6; Hamburg: +6,2; Bremen: +5,4; Niedersachsen: +5,8; Nordrhein-Westfalen: +4,6; Rheinland-Pfalz: +4; Hessen: +3,7; Saarland: +2,5; Baden-Württemberg: +4,1; Bayern: +1,9. Das Süd-Nord-Gefälle gehörte mit jeweiligen Modifizierungen (wie das Land-Stadt-Gefälle) seit Beginn der Bundesrepublik zu den Grunddaten der bundesdeutschen Wahllandschaft. Ein relativ ausgeglichenes Ergebnis brachte nur der Protestant Erhard 1965 zustande. Bei der Schmidt-Strauß-Wahl 1980 war das Süd-Nord-Gefälle der Union besonders ausgeprägt: Sie verlor damals in Schleswig-Holstein 5,2 Prozent, in Niedersachsen 5,9; in Hamburg 4,7; in Nordrhein-Westfalen 4,1; in Bayern 2,4, während die Zuwächse im Norden und in geringerem Umfang auch im Süden der FDP zugute kamen. Selbst bei der ersten Kohl-Wahl 1976 mit Zugewinnen der Union von insgesamt 3,7 Prozent war (auch in Zuwächsen) das Süd-Nord-Gefälle noch deutlich: Bayern: +4,9; Hessen: +4,5; Schleswig-Holstein: +2,1; Hamburg +2,5; Niedersachsen: +3. Hatte die Union 1980 in den nördlichen Bundesländern auch die größten Verluste, so übersteigen mit Ausnahme Niedersachsens die Gewinne von 1983 die Verluste von 1980 doch beträchtlich. Demgegenüber bleiben südliche Länder 1983 hinter der Kohl-Wahl 1976 um einiges zurück, und die hohen Zugewinne jetzt sind vor allem auf das gute Ergebnis in Nordrhein-Westfalen und in den nördlichsten Bundesländern zurückzuführen: Bayern: -0,5; Rheinland-Pfalz: -0,3; Hessen: -0,5.

Daß diese „Umschichtung“ *des Unionsergebnisses* vor allem im Blick auf Bayern in den Tagen nach der Wahl im öffentlichen Kommentiergewerbe kaum Beachtung fand,

war mehr noch als ein Kuriosum ein Indiz dafür, wie starr einmal geschaffene Machtblöcke und Einflußsphären von der öffentlichen Meinungsbildung respektiert werden. Die „Bayern“ selbst schienen indessen beides gut verstanden zu haben: Ihr, gemessen an den Zuwächsen, eher mageres Ergebnis und die besonderen sie begünstigenden Mechanismen öffentlicher Meinungsbildung. Die Daten waren eindeutig: Von den sieben Wahlkreisen mit den geringsten Zuwächsen befanden sich sechs in Bayern; in München konnte die CSU kaum etwas bewegen, in München-Mitte mußte sie sogar leichte Verluste (-0,2) hinnehmen; im Vergleich zu München sah es in Köln, Düsseldorf, Hamburg, Hannover und selbst in Frankfurt und im Ruhrgebiet bei den Zuwächsen für die Union schon sehr viel eindrucksvoller aus. Die insgesamt bescheidenen Zuwächse – auf das Bundesgebiet umgerechnet nahm die CSU von 10,3 auf 10,6 Prozent zu – kamen auch in Bayern vor allem aus den mehrheitlich evangelischen Gebieten Frankens (Nürnberg Nord: +2,9; Nürnberg-Süd: +4,7; Erlangen: +3; Fürth: +4,2). Da die CDU sowohl in ihren Hochburgen wie in Großstädten deutlich zugelegt hat, verliert das Argument an Gewicht, bei einem Wähleranteil um 60 Prozent sei eben nichts mehr zu holen. Da die realen Zuwächse nicht viel hergaben, konstruierte man ein künstliches Ergebnis: 2,4 Prozent Zuwachs verdanke die Union der CSU, ohne die „Bayern“ wäre sie nur auf 46,4 gekommen. Mit diesen öffentlich vorgetragenen Argumenten suchte man das eigene Gewicht gegenüber der CDU und der FDP zu untermauern und politisch – Konzessionen von der CDU erkämpfend – zu „gewichten“. Zum Machtkampf ist es dann nach Tagen der Zänkereien doch nicht gekommen.

Sieger, Verlierer und Gerettete

So gab es Sieger, Verlierer, Gerettete, Erfolgreiche und nur halb Erfolgreiche in einem politischen Gesamtspektrum von außerordentlicher Beständigkeit – trotz des Einzugs von 27 bzw. (mit Berlin) 28 Grünen in den Deutschen Bundestag. Der hohe Gebrauch des Splittings – in Übung spätestens seit der Brandt-Wahl 1972 – und die dem Anteil von Erststimmen nahekommenden Landtagswahlergebnisse von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zeigen, daß die FDP *nur noch taktisch und kaum programmatisch* gebraucht wird. Soweit mit Ideen des historischen Liberalismus noch Staat zu machen ist, finden sich diese und die an ihnen orientierten Wähler in anderen Parteien wieder. Aber Wechsel- und in besonderen Situationen auch Stammwähler wollen die FDP weiter als pragmatisches Korrektiv. Darin äußert sich in der Bundesrepublik ein *besonders ausgeprägter Zug zur Mitte*, der ein beachtlicher Rest von Mißtrauen vor allem politisch differenziert argumentierender Wechselwähler mit guter Bildung und geringer Parteibindung gegenüber der absoluten Mehrheit einer der großen Parteien entspricht. Man traut diesen nicht zu, für sich allein den Kurs der Mitte halten zu können. Diese Sammlung um die Mitte mag für stärker zentrifugal Veranlagte, wie es *Helga Schu-*

hardt Tage nach der Wahl in einer Fernsehsendung ausdrückte, eine „*trostlose Veranstaltung*“ sein, aber Parteien, ob rechts oder links von der Mitte, haben sich klugerweise danach zu orientieren.

Diesem *stark konservativ grundierten Trend zur Mitte* tritt freilich nun in den „Grünen“ eine im Lebensgefühl und in den Zielen nicht minder konservative Gruppierung gegenüber, die zwischen Lebensgefühl, Lebensform und politischen Verfahrensregeln nicht so recht zu unterscheiden vermag, deren Anhänger ein zumindest gespaltenes Verhältnis zur repräsentativen Demokratie haben und die sich schwer tun werden, *das parlamentarische System nicht nur zu gebrauchen, sondern mitzutragen*. Ein Teil von ihnen wird sich für das repräsentative System nur gewinnen bzw. zurückgewinnen lassen, wenn die übrigen Parteien, vor allem die SPD, die offene Auseinandersetzung mit ihnen nicht scheuen. Die *Strategie des Entgegenkommens* hat den deutschen Sozialdemokraten nichts gebracht. Diese werden deswegen nicht zu einer Strategie der Konfrontation wechseln, aber sie dürfen den Grünen an Argumenten nichts schenken.

Ein letztes: Die kontinuierlich hohe Zustimmung in der Bevölkerung zur Union bedeutet nicht, daß sich in der politischen Philosophie der Bevölkerung und in der der Union nichts geändert hat. Diese ist trotz ihres süddeutsch-katholischen Gepräges und ihres überwiegend katholischen Führungspersonals eine *säkulare Volkspartei* geworden, in der sich viele Anschauungen kreuzen. Weil die C-Parteien insgesamt noch stärker aus Traditionen, Regionen und Personen leben als die vor allem auf den Diskurs festgelegte Sozialdemokratie, kann sie das leichter überdecken. Sie wird heute vom säkularisierten Bürgertum verschiedenster weltanschaulicher Provenienz ebenso gewählt wie von großen Teilen einer kirchlich ungebundenen Arbeiterschaft. In diesem Sinne gleichen sich auch die Gewichte evangelischer und katholischer Unionswähler einander an. Nach einer Auswertung des Bundespresseamtes stieg der Anteil evangelischer Wähler bei den Unionsparteien von 33 Prozent (1980) auf 41 Prozent. Die Zuwächse in Gebieten mit mehrheitlich evangelischer Bevölkerung entsprechen mit 4,3 Prozent genau dem Bundesdurchschnitt. Es liegt in ihrem ureigenen Interesse, sich diese Breite zu erhalten. Sie *allein* sichert ihr ihre Mehrheitsfähigkeit. Das werden, vor allem in der Kirche diejenigen zu bedenken haben, die nach der Bildung der christdemokratisch-liberalen Koalition im Herbst auf die „*eigentliche*“ Wende hofften und damit die absolute Mehrheit der Union im März meinten. Abgesehen davon, daß diese „Wende“ gerade noch ausblieb, müßte sie auch im Falle einer absoluten Mehrheit der Union eine Illusion bleiben. Die Union ist eine konservativ-liberale Volkspartei, in der Elemente christlicher Tradition durchaus noch zum Zuge kommen; es gibt von ihr aus auch noch eine Menge Querverbindungen vor allem persönlicher Art zum kirchlichen und hier vor allem zum katholischen Bereich, aber eine kirchennahe Parteien-gruppierung ist die Union, wenn sie es überhaupt jemals war, längst nicht mehr.

David A. Seeber